

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU

Ganztagschulentwicklung in Bremen und Bremerhaven bedarfsorientiert und zeitgleich gestalten

Die Entwicklung von Ganztagsschulangeboten gilt als eine der wichtigsten bildungspolitischen Aufgaben. Die Möglichkeiten Unterricht anders zu organisieren und über den Schulalltag zu verteilen sind ein entscheidender Baustein, um Unterrichtsqualität zu steigern und lernen auch unter schwierigen sozialen Rahmenbedingungen angemessen gestalten zu können. Insbesondere für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind bedarfsorientierte und flächendeckende Angebote von zunehmender Bedeutung für alle Bereiche der Gesellschaft, auch unabhängig von der Region und spezifischen sozialen Problemen.

Gerade vor dem spezifischen sozialen Hintergrund in Bremerhaven ist es völlig unverständlich, dass die rot-grüne Koalition die weitere Entwicklung von Ganztagschulen offenbar lediglich auf Bremen beschränkt und Bremerhaven in den diesbezüglichen jüngsten Beschlüssen der rot-grünen Koalition unberücksichtigt bleibt. Die schulische Entwicklung ist insgesamt eine Verantwortung des Landes und muss beide Kommunen angemessen einbeziehen. Dieses muss sich in der Gestaltung des Haushaltes entsprechend widerspiegeln.

Union und SPD auf Bundesebene haben sich jüngst auf weitere Maßnahmen zur Entlastung der Länder und Kommunen verständigt. Neben der ab 2014 vollumfänglichen Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, sollen die Länder und Kommunen u.a. durch weitere 5 Mrd. Euro bei der Eingliederungshilfe und 6 Mrd. Euro für die Krippen, Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen entlastet werden. Zudem sollen die zusätzlichen finanziellen Spielräume des Bundes zu einem Drittel zur Entlastung der Länderhaushalte verwendet werden. Diese Entlastungen müssen zukunftsorientiert auch insbesondere im Bildungsbereich eingesetzt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, zur Entwicklung von Ganztagschulen schnellstmöglich ein Programm vorzulegen, das die Kommunen Bremen und Bremerhaven ihren Bedarfen entsprechend und zeitgleich berücksichtigt.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, unter Einbeziehung der nach der Koalitionsvereinbarung zu erwartenden Bundesmittel zur Entlastung der

staatlichen und kommunalen Haushalte im Bereich der qualitativen und quantitativen Entwicklung von Ganztagsangeboten einen Schwerpunkt zu setzen.

Dr. Thomas vom Bruch, Silke Salomon, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und
Fraktion der CDU